

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Versandstelle: Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Hinterhaus)
Fernruf Lügow 5583/84 / Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 RM.
Bestellungen nur durch die Post / Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch unsere
Versandstelle finden nicht statt



Anzeigengebühr: Die 6 gespaltene mm-Zeile — 25 RM. / Aufnahme nur bei vorheriger
Gebühreneinsendung auf Postfach Berlin NW Nr. 10509: Deutscher Steinarbeiter-
Verband, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Hinterhaus) / Blattschluß ist
Sonnabends vormittags

37. Jahrgang

Berlin, den 2. Dezember 1933

Nummer 48

Rundschau der Woche

Die letzte Waffe der Dollfuß-Regierung

Der Landespresseschef der NSDAP, Raimund Hainz nimmt in einem Leitartikel zu dem kurz vor der Wahl von der Dollfuß-Fey-Regierung über Österreich verhängten Standrechts Stellung und schreibt u. a.:

„Es mag vielleicht wahr sein, daß die für den 12. November von den Marxisten angekündigten Demonstrationen dazu beitragen, das seit Monaten angekündigte Standrecht nunmehr in Kraft treten zu lassen. Ebenso aber steht fest, daß die österreichische Regierung mit dem Standrecht vor allem die zu erwartenden Kundgebungen der deutschen Bevölkerung Österreichs anlässlich des Bekanntwerdens der Ergebnisse der Volksabstimmung und Reichstagswahl im Reiche verhindern wollte.“

Inzwischen sind nun ununterbrochen aus allen Teilen Österreichs Meldungen eingelaufen, die von spontanen Kundgebungen des Volkes über den einzigartigen Sieg Adolf Hitlers sprechen. In allen Teilen Kärntens läuteten des Nachts plötzlich die Kirchenglocken, von unsichtbaren Händen getätigt, um den Menschen dieses urdeutschen Grenzlandes die frohe Kunde zu geben. Von den Bergen Steiermarks, Salzburgs und Tirols leuchteten um die Mitternachtsstunde Hunderte und aber Hunderte von Hakenkreuzfeuern in die Täler hinab.

Das Standrecht fordert die Todesstrafe für „hoshafte Sachbeschädigung“, worunter auch die Bemalung einer Hausmauer mit Hakenkreuzen oder ähnlichen Inskriften fällt. Trotzdem haben Hunderte, ja vielleicht Tausende Männer die Gefahr des Gehängtwerdens nicht gescheut und durch große Aufschriften auf Häusern und Felswänden das einmütige Bekenntnis des deutschen Volkes zur Politik seines Führers dokumentiert.

Abgesehen davon, ob auf Grund des Standrechts kostbares deutsches Blut fließen wird oder nicht, dieses Standrecht und der damit verbundene heutige Zustand in Österreich, der dem eines brodelnden Kessels gleicht, beschleunigt nur das Ende dieses Systems.

Unendlich sind die bisherigen Leiden des deutschen Volkes in Österreich. Seine Blicke und Sehnsucht sind gerichtet hinüber in das große Mutterreich, in dem am 12. November das Volk ein fast einstimmiges Bekenntnis zur Politik seines Kanzlers und ein ebenso überwältigendes Treuebekenntnis zu seinem Führer abgelegt hat.

Vor Wochen ging durch die österreichische und europäische Presse die Nachricht, Dollfuß warte nur das Ergebnis des 12. November im Reiche ab, um dann in Österreich ebenfalls eine Volksabstimmung durchzuführen. Nun, wir erwarten, daß jetzt, nachdem der 12. November vorbei ist, Herr Dollfuß nicht mehr länger zögert und das Volk Österreichs vor die Frage stellt: Willigst du deutsches Volk Österreichs die Politik deiner Regierung Dollfuß?

Wir sind überzeugt, daß es bei dieser Volksabstimmung eine ebenso fast einmütige Stimme des Volkes gibt wie im Reiche am 12. November. Allerdings nicht für — sondern gegen Dollfuß und sein System, das nun bisher eineinhalb Jahre lang Volk und Wirtschaft einen Weg geführt hat, an dessen Ende das Chaos steht.“

Die Jugend im Kampf für das Winterhilfswerk

Wie immer, geht auch diesmal Deutschlands neue Jugend uns als leuchtendes Beispiel voran. Sie war der Pionier des Nationalsozialismus an allen Fronten. Junge Menschen haben den Kampf der Straße und der Versammlungen gekämpft. Deutsche Jugend war es, die in nie ermüdender Emsigkeit die Propaganda der Volksbewegung getragen hat. Sie hat über Klassen und Stände hinweg den Bund der deutschen Volksgemeinschaft miterkämpft. So nimmt sie auch diesmal, wo es um das große Winterhilfswerk zur Befriedung Tausender notdürftiger Menschen geht, tätigen Anteil. Die großen Gliederungen der Hitler-Jugend, des Jungvolks und des BDM, stehen Sonntag für Sonntag irgendwo und überall im Dienst des deutschen Winterhilfswerks. Der BDM verkauft Blumen, HZ und Jungvolk sammeln unermüdet Geld und Sachen. Allein durch eine Sammlung bei den Lichtspiel-Theatern konnten viele Millionen Reichsmark der Winterhilfe zugeführt werden. Damit auch alle die Millionen unseres Volkes, die heute noch auf der Schatten Seite des Lebens stehen, ein Weihnachtsfest feiern

können, hat der Führer der Hitler-Jugend zu einer gewaltigen Aktion aufgerufen. Am Sonntag, dem 19. November, wurden in Deutschland Zehntausende von Schildern mit Millionen Nägeln benagelt. Die Benagelung der Schilder, die die Form eines HZ-Abzeichens haben, fand feierlich in allen deutschen Städten und Dörfern des Reiches statt. Die Spitzen der Behörden und örtlichen Führer der Bewegung schlugen die ersten Nägel ein. Später werden diese Schilder die Heime der HZ-Gesellschaften schmücken. So kündigten Hammerschläge die dem 12. November folgende soziale Tat.

Zum Tag des deutschen Handels in Braunschweig

Am gleichen Sonntag fand in Braunschweig, in jener Stadt, von der die deutsche Hanse ihren Ausgang nahm, und die als Stadt des ehrbaren deutschen Kaufmanns gilt, der Tag des deutschen Handels statt. Nirgends hat der zersetzende Geist in den vergangenen Jahren sich für unser Volk so verhängnisvoll ausgewirkt wie auf dem Gebiet des Handels. Liberale Egoismus und jüdischer Spekulationsgeist zerstörten die Ehre des deutschen Kaufmanns. Wie auf allen Gebieten hat auch hier der nationalsozialistische Staat gründlichen Wandel geschaffen und die Ehre und Tradition des deutschen Kaufmanns wieder ausgerichtet. Lassen wir das Bekenntnis deutscher Kaufleute selbst sprechen:

„Die Männer des deutschen Handels erklären feierlich von dieser Stelle aus, daß für sie wichtiger als der eigene Nutzen das Gesamtinteresse des Volkes ist, wichtiger als ihre wirtschaftlichen Wünsche ihr stolzes Standesbewußtsein ist, ein nützliches Glied des Volkes zu sein, und wichtiger als die eigene Not der Dienst ist, den sie am Volksganzen erfüllen, und das stolze Bewußtsein, untrennbar der deutschen Schicksalsgemeinschaft verbunden zu sein. Wir lehnen es ein für allemal ab, uns Krämerseelen nennen zu lassen. Wir wollen ein volksbewußter, stolzer Stand des Handels sein!“

Die Deutsche Wochenchau zum Wahltag in Spanien

„Die spanischen Wahlen bieten ein recht deutliches Bild der spanischen Verhältnisse. Die Tatsache, daß es allein in Sevilla schon sechs Morde gegeben hat, spricht ebenso deutlich wie die Überfälle auf Wahlurnen und den schließlich zu verzeichnenden Ruin des spanischen Volkes zurück nach rechts. Es ist so, daß die, allerdings uneinig, Gegner der Marxisten fast dreimal so stark sind als diese. So kann man eine Niederlage der Sozialdemokraten feststellen, welche sich gewaschen hat und auf das deutsche Vorbild hinmarschiert. Die endgültige Gestaltung des Parlaments dürfte von einer Anfang Dezember nochmals stattfindenden Stichwahl abhängen, wobei man dem Rechtsblock ungefähr 200 Sitze prophezeit. Dieses Wahlergebnis ist eine sehr deutliche Antwort auf sechs Monate marxistische Regierung Azana. Der schönste Witz ist der, daß die von der Linksregierung freundlich mit dem Wahlrecht begabten Frauen in überwiegender Mehrheit gegen die Regierung gestimmt haben, weil diese gegen die Religion radikal vorgegangen ist.“

Sozialreaktionäre

Von Walter Schumann,
Preuß. Staatsrat, Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter und der NSD.

Es war im November-Wahlkampf 1932: Kommunisten und Sozialdemokraten waren miteinander in einem heftigen, sozialpolitischen Streit verwickelt. Sein Verlauf war der: Die Sozialdemokraten nannten die Kommunisten „Arbeiterbetrüger“ und bezeichneten damit vor allem die Redakteure der „Roten Fahne“. Dafür brandmarkten die Kommunisten die Schriftleitung des „Vorwärts“ und die „sozialdemokratischen Führer“ als „Arbeiterverräter“. Recht hatten sie beide.

Sachlich warfen die Kommunisten der Sozialdemokratie vor, daß letztere „die sozialen Errungenschaften“ der deutschen Arbeiterschaft zugrunde gerichtet hätten. Womit die Kommunisten zunächst einmal zugaben, daß der deutsche Arbeiter sozialpolitisch immerhin etwas zu verlieren gehabt hat. Damit waren die Kommunisten nun aber bei den Sozialdemokraten erst recht ins Fettnäpfchen getreten. Jedenfalls tobte die sozialdemokratische Presse daraufhin wie besessen und tat so, als hätte sie die deutsche Sozialgesetzgebung dem Vorkriegs-

staat „abgetroht“, — abgetroht gegen „Sozialreaktionäre“.

Diese Behauptung der SPD. war nichts Neues. Die SPD. hat immer so getan, als hätte sie das soziale Gewissen sozuzagen in Erbpacht genommen, als wäre sie seit jeher sozialpolitische Vorkämpferin gewesen.

Man erlaube mir, das Märchen einmal zurechtzurücken. Mich leitet dabei nicht die Absicht, den Vorkriegsstaat zu verteidigen oder agitatorisch gegen den Marxismus zu wirken. Aber es ist wichtig, den deutschen Arbeiter von letzten Sentiments zu befreien und ihn innerlich unbeschwert auch auf sozialpolitischem Gebiet zu gewinnen, bevor der neue nationalsozialistische Staat mit ihm an das Riesenwerk der Neuordnung der reformbedürftigen sozialpolitischen Gesetzgebung herantritt. Ich kann nicht dulden, daß die Sozialdemokratie sozuzagen eine Art moralische Hypothek auf die deutsche Sozialpolitik behält, die, wie solche Impponderabilien gemeinhin, eine Belastung darstellen würde, die ich nicht ertragen kann und will.

Aber lassen wir Tatsachen reden. Im Jahre 1883 hat die Sozialdemokratie im Reichstage gegen die Krankenversicherung gestimmt, wie sie 1884 auch die Unfallversicherung des deutschen Arbeiters ausdrücklich abgelehnt hat. 1889 hat sie auch ihre Stimmen gegen die Invaliden- und Altersversicherung abgegeben, sie hat 1891 gegen das Arbeiterschutzgesetz gestimmt, das auf dem Gebiet des Schutzes der Jugendlichen und der Arbeiterinnen, der Sonntagsruhe, der Sicherung des Arbeitsvertrages und der Einschränkung der Arbeitszeit Fortschritte brachte. 1896 lehnte sie ferner das erneuerte Invalidenversicherungsgesetz ab. 1902 stimmte sie gegen die Seemannsordnung. 1903 hat sie sogar ihre Stimmen gegen die Novelle des Krankenversicherungsgesetzes abgegeben, obwohl dem deutschen Arbeiter damit die Verlängerung der Krankengeldzahlung von 13 auf 26 Wochen gebracht wurde. Im gleichen Jahre stimmte sie gegen die Entschädigung unschuldig Verurteilter. 1904 lehnte sie das Kaufmannsgerichtsgesetz ab. 1911 stimmte sie gegen die Reichsversicherungsordnung.

Es ist also in der Tat so, daß die „Sozialdemokratie positiv an der gesamten deutschen Sozialgesetzgebung nicht nur keinerlei aufbauenden Anteil hat, sondern daß sie es dem Vorkriegsstaat bedenkenlos überließ, seinerseits sozialpolitische Fortschritte gegen die Stimmen der angeblichen „Sozialisten“ im Reichstage durchzusetzen!

Wenn der Sozialdemokratie diese Haltung in der vergangenen Zeit vorgehalten — viel zu wenig vorgehalten wurde, redete sie sich damit heraus: Die Vorkriegssozialgesetzgebung wäre ihr „nicht weitgehend genug“ gewesen.

Mit dieser lahmten Entschuldigung hat die Sozialdemokratie in einer geradezu empörenden Weise auf die Vergesslichkeit des deutschen Arbeiters spekuliert. Denn sie hat in der gleichen Zeit, in der sie ihre Parlamentarier gegen die deutsche Sozialgesetzgebung mobil machte, auch alle sozialen Steuern auf das heftigste bekämpft! Ob es sich um Zölle oder Steuern auf die Einfuhr französischer Champagners oder um deren Verdoppelung handelte, ob es um Zölle oder Steuern auf ausländische Luxusartikel, Parfümerien, Modewaren, Weine, Teppiche, Edelsteine usw. ging, — die Sozialdemokratie hat ausnahmslos alle diese und ähnliche soziale Steuern abgelehnt. Sie wird sich nicht damit herausreden können, daß sie den Verbrauch französischen Sektes „im Interesse des Arbeiters“ nicht verteuern wollte. Der deutsche Arbeiter hat keinen Champagner getrunken, Deutschlands Arbeiterfrauen trugen keine Pariser Kleider und in den deutschen Arbeiterquartieren sind keine ausländischen Teppiche benötigt worden.

Die „Sozialdemokratie ist also antisozial in ihrem Handeln gewesen: sie hat ihre positive Mitwirkung an der Sozialgesetzgebung und diese selbst bewußt abgelehnt, sie hat darüber hinaus die Verlagerung von Steuerlasten auf Luxusverbraucher bekämpft.

Ist das merkwürdig? Nein, jedenfalls nicht für den, der die Sozialdemokratie und die Gründe für ihre Haltung gekannt hat: Für den Marxismus aller Schattierungen war die Sozialpolitik nicht eine Aufgabe der Sicherung und Steigerung der sozialen Existenz des deutschen Arbeiters oder gar des Dienstes am Gemeinwohl

des Gesamtvolkes, sondern eine Angelegenheit billigster agitatorischer Hehe; sie lehnte die Sozialgesetzgebung grundsätzlich ab; sie prophezeite dem deutschen Arbeiter dafür den „sozialistischen Zukunftsstaat“, der im Wege des Klassenkampfes zu erreichen sei. Bis dahin hatte sie keineswegs etwa die Absicht, dem Staat sozialpolitisch etwas „abzutrocknen“ — im Gegenteil, jede soziale Reform, die eine vorhandene Spannung im Wirtschafts- und Arbeitsleben befriedete, war ihr ein Greuel, weil die Schließung sozialer Wunden ihrem Klassenkampf ein Hemmnis war. Wichtiger als die Überwindung der Not des Arbeiters war ihr Ziel der marxistischen Revolution. Darum hat sie die Sozialgesetzgebung nicht etwa deshalb abgelehnt, weil letztere „nicht weitgehend genug“ war — der Marxismus mußte nach seinen Grundfäden jedes Sozialgesetz bewußt, und zwar um so heftiger ablehnen, je besser es gewesen wäre! Der Marxismus hat also nicht nur nichts „abgetrocknet“ — er hat die Sozialgesetzgebung vielmehr überhaupt nicht gewollt, ja, er hat sie gehaßt, weil er die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft gebraucht hat und weil er aus Gründen des Klassenkampfes die sozialen Notstände bewußt beizubehalten, ja sie zu verschärfen wünschte, je eindeutiger sich seine Träger zum Ziel der marxistischen Klassenrevolution internationalen Charakters bekannten. Das hat niemand eindeutiger und klarer bewiesen als der damalige Drahtzieher der Sozialdemokratie selber: August Bebel. Bebel war es, der in der Praxis sozialreaktionären Haltung der „Sozial“-demokratie Sinn und Richtung und Tempo gab, als er auf dem Internationalen Kongreß zu Brüssel 1891 im Sinne obiger Kennzeichnung des Marxismus wörtlich erklärte:

„Die Wunden am sozialen Körper müssen offengehalten werden; deshalb ist in den staatlichen Maßnahmen zum Wohle des Arbeiters eine Gefahr zu erblicken!“

Eine Gefahr? Ist in sozialpolitischen Maßnahmen — wie Bebel ausdrücklich sagte: „zum Wohle“ des Arbeiters, für den Arbeiter eine „Gefahr“ zu erblicken? Sicher nicht! Eine „Gefahr“ bestand aber für die marxistische Revolution! Und das war der Grund, weshalb die „Kölnische Volkszeitung“ denn auch am 19. August 1891 (Nr. 226) schrieb:

„An der Arbeiterschutzgesetzgebung hat die Sozialdemokratische Partei gar kein Interesse!“

Wobei lediglich hinzuzusehen ist, daß der Marxismus auch nach seiner „Revolution“ vom November 1918 ebenjowenig Interesse bewiesen hat: sein Verlangen auf sozialpolitischem Gebiet im marxistischen Nachkriegsstaat ist womöglich noch grauenerregender. Vor der Aufgabe der Umgestaltung der Sozialgesetzgebung oder ihres völligen Ersatzes durch geeignete Maßnahmen im Sinne selbst marxistischer Programmgrundsätze hat der Marxismus in einem Maße bankrottgemacht, das kennzeichnend ist für die spießbürgerlich kleinen charakterlosen Geister, die seine Träger waren! Der Marxismus hat ja nicht einmal den Versuch gemacht, die Durchsetzung seines Programmes auch nur ernstlich zu diskutieren, geschweige denn es durchzuführen! Er war es auch, der den sozialpolitischen Bankrott der Vorkriegszeit in der Nachkriegsrepublik vollendete.

Daß das möglich war, war die Schuld des Vorkriegsstaates und desselben „Bürgertums“, das auch nach dem Kriege mit dem Marxismus halbpart gemacht hat. Wer es im Vorkriegsdeutschland mit dem alten Staat hätte ehrlich meinen wollen, der mußte, je weniger Interesse die Sozialdemokratie an einer Lösung der sozialen Frage hatte, um so freudiger alle seine Kräfte daran setzen, Staat und Arbeiterschaft, Wirtschaft und Werkstätige, Nation und „Proletariat“ zu einen! Trotz der deutschen Sozialgesetzgebung der Vorkriegszeit ist der alte Staat mit seinem Bürgertum an dieser Aufgabe gescheitert. Er hat es nicht verstanden, den deutschen Arbeiter den Klauen des asozialen und internationalen Marxismus zu entreißen und heimzuführen in die deutsche Nation. Die zunehmend herzengaltes, gemütsarme und seelenlose demokratisch-liberalistische Staatsführung, Arm in Arm mit zahlenmäßig starken, sozialpolitisch ungebildeten Teilen des Bürgertums, das mit dem Marxismus tetschelmachtete, statt mit eigenem sozialpolitischem Willen innere völkische Aufbauarbeit zu leisten, hat Deutschland um diesen durchaus möglich gewordenen Erfolg betrogen. Der unter Bismarck erreichten Einigung der deutschen Stämme ist die ebenso wichtige Einigung der „Klassen“ nicht gefolgt. Es genügt, in diesem Zusammenhang ohne nähere Darlegung zu registrieren, daß das **Zubentum** — mächtig geworden sowohl in der Arbeiterbewegung wie im Bürgertum — daran naturgemäß kein Interesse zeigte, wie auch der liberalistische Kapitalismus wußte, was er letzten Endes an den marxistischen Bonzen hatte!

An der Sünde, an der Bildung einer geschlossenen Nation nicht zielstrebig gearbeitet und dafür die Aufstrennung des Volkes in „Klassen“ zugelassen zu haben, ist der alte Vorkriegsstaat zerbrochen. Schon unter ihm, mehr noch aber nach dem verfluchten November 1918, siegte materialistischer Ungeist über völkische Ideale. Die Geldsackpolitik liberalistischer Kapitalisten Arm in Arm mit der Klassenhege der Marxisten rissen die Nation auseinander. Mit der Achtung und Verfolgung völkischer Zielsetzung wurde der „Interessenhafen“

Trumpf, Ausgangspunkt und Ziel politischer Arbeit.

So nimmt es nicht wunder, daß der haltlos gewordene Staat dem Marxismus sogar die von diesem einst so heiß bekämpften und befehdeten Sozialversicherungsträger und ihre Einrichtungen in die Hände geraten ließ, bis sie schließlich mehr und mehr zu regelrechten Brutstätten des marxistischen Klassenkampfes wurden.

Nicht nur das — unsachgemäße Verwaltung im Zusammenhang mit der würgenden Ausplünderung ganz Deutschlands durch Versailles, Dawes-Pakt und Young-Diktat, mit der vom Gesichtspunkt „kalter Sozialisierung“ betriebenen Überhebung der Steuerherrschaube und den daraus folgenden wachsenden Konkurs- und Arbeitslosenziffern haben die Sozialversicherung dem Ruin zugetrieben. Während die Sozialleistungen immer schärfer herabgesetzt wurden, je mehr das Elend der werktätigen Bevölkerung zunahm, wurden die Beitragspflichten der Versicherten in die Höhe gejagt, ohne daß dem Niederbruch der Sozialversicherungen Einhalt geboten worden wäre. Am 27. Mai 1932 ließ Brüning im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages schließlich das Resultat des sozialpolitischen Bankrottes der marxistisch-liberalistischen Politik verkünden: In der Invalidenversicherung waren die Monatseinnahmen von 90 Millionen (1929) auf 54 Millionen niedergebrosen, der monatliche Fehlbetrag bezifferte sich auf 28 Millionen; in der Knappschaftsversicherung waren die Einnahmen von 15 Millionen (1929) auf nur noch 6 Millionen zusammengeschrumpft, und auch bei einem Reichszuschuß von 70 Millionen zeigte sich ein Fehlbetrag von 44 Millionen; in der Angestelltenversicherung zeigte sich

zunehmender Beitragsrückgang, verbunden mit Ausgabensteigerungen; in der Unfallversicherung befanden sich viele Berufsgenossenschaften in einer geradezu trostlosen Lage; in der Krankenversicherung waren die Einnahmen, die 1929 noch 2,5 Milliarden ausmachten, auf 1,6 Milliarden zurückgegangen. Auf die Frage, wie die Regierung der Schwierigkeiten Herr werden wollte, erklärte der Regierungsvertreter, daß die Regierung keine speziellen Pläne hierfür habe...

Das ist das sozialpolitische Trümmerfeld, das der marxistische Staat und mit ihm „Sozial“-demokraten, Demokraten und Liberalisten der nationalsozialistischen Revolution hinterlassen haben. Hier hat der Nationalsozialismus einzusetzen. Wo die Front der Sozialreaktionäre aus dem Marxismus und dem Liberalismus sündigte, hat das neue Deutschland der nationalsozialistischen Revolution aufbauend an die Arbeit zu gehen, unbeschwert und unbelastet von irgendwelchen moralischen, sozialpolitischen Hypothesen, von welcher Seite sie auch in Anspruch genommen sein mögen.

Der Grundsatz der nationalsozialistischen Sozialpolitik steht fest: Gemeinnutz geht vor Eigennutz — über dem überwindenen „Interessenhafen“ steht die Nation!

Die Nation ist Ausgangspunkt und Ziel unserer künftigen Sozialpolitik. Wer hier mit mangelndem Verständnis oder in passiver Resistenz beiseite steht, trennt sich von dem, dem unser jeder Atemzug gehört: dem deutschen Sozialismus und seinem Dritten Reich!

Gegen Preiserhöhung und Lohnherabsetzung Scharfe Kampfanlage Dr. Ley's - Hinweg mit den Egoisten

In der letzten Zeit häufen sich die Klagen, daß verschiedene Einzelfirmen und Kartelle durchaus ungerechtfertigte Preiserhöhungen vornehmen. Auf der anderen Seite sind die Löhne nicht gestiegen, sie können auch nur in den seltensten Fällen steigen, bis die Arbeitslosigkeit bei der nächsten Großoffensive entscheidend zurückgedrängt worden ist. Die Reichsregierung bemüht sich mit allen Mitteln, den heutigen Lebensstandard der Arbeitermassen solange zu halten, bis die Arbeitslosen zum größten Teil untergebracht sind. Nun sind da und dort sogar Löhne gesenkt worden. Diese Tarifunterbrechung auf der einen Seite und Preiserhöhung auf der anderen Seite sind verantwortungslos, stören die Politik der Reichsregierung und verstoßen außerdem gegen das ungeschriebene Gesetz der Volksgemeinschaft, des kameradschaftlichen Einvernehmens aller Volksteile.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront hat sich in den letzten Tagen verschiedene Male mit aller Schärfe gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungen gewandt. Es geht nicht an, daß egoistische Kreise jetzt wieder das mit Mühe und Schweiß hergestellte Vertrauen des Volkes zur Führung indirekt schädigen. Die Deutsche Arbeitsfront wird für diese Elemente, die sich außerhalb der Volksgemeinschaft stellen wollen, geeignete Erziehungsmittel zur Hand haben.

In einem Berliner Klub sprach sich gestern Abend ein bekannter enger Mitarbeiter des Wirtschaftsbeauftragten des Führers ebenfalls sehr scharf gegen diese Preismanipulationen aus. Wenn diese Herren nicht bald Vernunft annehmen, so würden energische Exempel statuiert werden. Die Herren könnten dann im Konzentrationslager gemeinsam das Lied singen:

Die Preise hoch, Kartelle fest geschlossen!

Die Reise des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, hat sich da und dort nicht nur auf rein demonstrative Wirkung beschränkt. Sie hat beispielsweise für die Arbeitnehmererschaft der Bielefelder Metallindustrie höchst praktische Folgen gehabt. Der vor einigen Wochen gekürzte Tarif ist als ungültig erklärt worden. Rückwirkend vom 1. Oktober ist der alte Tarif wieder in Kraft gesetzt worden, was praktisch eine Erhöhung der Akkordsätze um 10 v. H. bedeutet.

Der Reichswirtschaftsminister hat bekanntlich in einer Verordnung vor einigen Wochen die Herabsetzung von Löhnen verboten. Sehr dankenswerterweise hat nun der Treuhänder der Arbeit für Westfalen, Dr. Joseph Klein, eine Anordnung erlassen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Sie lautet:

Es laufen bei mir immer wieder Klagen darüber ein, daß einzelne Unternehmer die Lohnsätze ihres Berufszweiges nicht unerheblich unterschreiten, ohne genügende Gründe überarbeit verlangen, den festgelegten Urlaub nicht gewähren und sich auch sonst nicht an die bestehenden Tarifverträge halten. Sie verschänzen sich vielfach dahinter, daß sie an die Tarife nicht gebunden seien, weil sie den beteiligten Organisationen nicht angehörten. Ich muß eine solche Auffassung aufs schärfste verurteilen. Sie paßt nicht in den nationalsozialistischen Staat. Es kann nicht geduldet werden, daß irgendein Berufsgenosse sich auf Kosten seiner Mitarbeiter gegenüber seinen anderen Berufsgenossen eigennützige Vorteile dadurch ergattert, daß er Preise und Tarife unterschreitet. Besonders lebhaft sind die Klagen aus dem Fleischer- und Gaststättengewerbe. Ich werde hier und überall Ordnung schaffen, wo ich Unordnung antreffe. Auch der notleidende Betrieb darf nicht von sich aus Tarife unterschreiten. Ob eine Unterschreitung in ganz besonders gelagerten Fällen angängig ist, habe nur ich zu entscheiden.

Etwaige Anträge sind an meine Sonderbeauftragten zu richten. gez. Dr. Klein.

Wir wollen hoffen, daß diejenigen, die es angeht, es nicht auf die angekündigten scharfen Maßnahmen ankommen lassen. Es ist bedauerlich, daß es trotz des 12. Novembers noch Menschen in unserem Vaterlande gibt, die sich des Gebotes der Stunde, bedingungslos die Maßnahmen des Führers zu unterstützen, nicht bewußt sind. Preiserhöhungen und Lohnherabsetzungen treffen den Arbeiter am meisten. Der nationalsozialistische Staat, die NSDAP. und die Deutsche Arbeitsfront haben keine Lust, tatenlos zuzusehen, daß der deutsche Arbeiter, der sich fast hundertprozentig im Vertrauen auf Hitler in die deutsche Volksgemeinschaft eingliedert hat, von Egoisten übervorteilt wird.

Neue Wege der Tarifgestaltung

Aus dem Wirken eines Treuhänders der Arbeit

In den letzten Wochen konnte bereits mehrfach von der Festsetzung neuer Tarifverträge berichtet werden, in denen grundsätzlich neue Wege der Tarifgestaltung beschritten wurden. Noch ist es nicht möglich, mit einem Schlage das gesamte Tarifvertragswesen einer Neuordnung zu unterziehen. Schritt für Schritt nur kann die Durchsetzung nationalsozialistischen Geistes erfolgen. Sie erfolgt langsam, aber mit desto größerer Sicherheit. Jede einzelne Maßnahme, jede einzelne Abänderung des bisherigen Vertragsystems wird hundertmal überlegt und durchdacht, und damit wird die Gewähr geschaffen, daß kein Schritt wieder rückgängig gemacht werden muß, weil er in der Wirklichkeit vielleicht nicht durchführbar ist.

Die Führung in dieser Durchsetzung nationalsozialistischen Geistes ist den Treuhändern der Arbeit zugewiesen worden. Die Treuhänder der Arbeit sind auch die Treuhänder der Arbeiter. Sie sorgen dafür, daß der deutsche Arbeiter jene Stellung im deutschen Staat und Wirtschaftsleben erhält, die ihm als ehrlicher und schaffender Deutscher zukommt. Es ist hier nicht der Ort und auch nicht die Zeit zu untersuchen, welche Schuld das alte Tarifvertragswesen an der unwürdigen Stellung des deutschen Arbeiters im Leben der Nation hatte. Häßerfüllter Marxismus von unten, egoistischer, rücksichtsloser und grausamer Liberalismus von oben waren die Triebkräfte, die über und für die deutschen Arbeiter die Verträge für sein Arbeitsleben abschlossen. Das ist heute vorbei. Der Arbeiter findet sich wieder zu einem männlichen Stolz, er soll in seinem Betrieb wieder ein Heimatrecht erwerben, und er soll so behandelt werden, wie es seinen Leistungen entspricht.

Das Recht der Arbeit

Die Treuhänder der Arbeit sind die Männer, die in mühevoller Kleinarbeit an die Stelle des Rechts der Wirtschaft und des Kapitalismus das neue deutsche Recht der Arbeit setzen werden. Im Mittelpunkt dieses Rechts der Arbeit wird der Mensch als der Träger der Arbeit stehen. Es wird jetzt noch nicht möglich sein, dem Arbeiter überall eine Lohnhöhe zu sichern, die ihm alle Sorgen um den Lebensunterhalt von den Schultern nimmt. Aber es ist jetzt schon möglich, ihm zu helfen, damit er diese Sorgen leichter tragen kann. Das kann erreicht werden, wenn die Verhältnisse, unter denen er arbeiten muß, eine menschenwürdige Ausgestaltung erfahren, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, einige Wochen im Jahr neue Kräfte zu sammeln und wenn er weiß, daß er seinen Arbeitsplatz nicht von heute auf morgen und nicht

Samilie und Feierabend

2. 12. 1933

Unterhaltungsbeilage des „Steinarbeiter“

Nr. 48

AdA. („Nach der Arbeit“)

Das große Feierabendwerk der Deutschen Arbeitsfront

Adolf Hitler gab dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, Pp. Dr. Ley, den Auftrag, die große Organisation des Feierabends: „Nach der Arbeit“ sofort in Angriff zu nehmen.

Am Freitag, dem 17. d. M., verkündete Dr. Ley in einer Sitzung des Kleinen Konvents der Deutschen Arbeitsfront die Grundgedanken der Neugestaltung des Feierabends des schaffenden Volkes. Diese sind im folgenden zusammengefaßt.

Der beste Staatsmann kann mit einem Volke mit zerrütteten Nerven keine Politik treiben. Der verlorene Weltkrieg sollte uns diese Erkenntnis für alle Ewigkeit eingehämmert haben. Unsere Gegner konnten infolge ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit ihren Soldaten die genügende Ruhe und Erholung gönnen, während wir Deutsche gezwungen waren, unsere Soldaten dauernd dem nervenzerrüttenden Trommelfeuer auszusetzen. Dasselbe erreichte der Gegner in der Heimat durch seine Hungerblockade. Wir verloren den Krieg, weil wir die Nerven verloren haben. Deshalb will der Führer, daß der nationalsozialistische Staat sich diese Erkenntnis immer vor Augen hält und dafür sorgt, daß die Nerven des Volkes gesund und stark erhalten bleiben.

Die Deutsche Arbeitsfront hat die Notwendigkeit ihrer Existenz und die Richtigkeit ihres Aufbaues sowie die Klarheit ihres Zieles durch die Wahl vom 12. November bewiesen. Es ist gelungen, in knapp einem halben Jahr die 12 Millionen Gegner des Nationalsozialismus in den neuen Staat hereinzuführen. Die erste Etappe, die Zurückführung des deutschen Arbeiters zu seinem Vaterland ist damit erreicht. Die nächste Etappe muß nun sein, dem deutschen arbeitenden Menschen diese neue Heimat als das wohllichste und erstrebenswerteste zu erhalten. Millionen deutscher Menschen richteten deshalb ihren Blick voll Sehnsucht auf die schemenhaften internationalen Begriffe wie Amsterdamm und Moskau, weil ihnen die eigene Heimat fremd geworden war und ihnen nichts mehr zu bieten vermochte. Aus dieser Erkenntnis hat der Führer folgende große Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront zugewiesen:

Die Deutsche Arbeitsfront ist die große aktive nationalsozialistische Gemeinde, die, die Gedanken der NSDAP., in die Tat umsetzt: Gemeinnutz und Volksgemeinschaft.

Neben dem großen Schulungs und Erziehungsweesen glaubt sie diese Aufgabe besonders durch die Organisation der Freizeit der schaffenden Menschen zu erreichen. Alle bisherigen Staatsgebilde hatten wohl den Alltag organisiert, jedoch die Versuche, Freizeit und Feierabend zu organisieren, schlugen kläglich fehl. Die einen ergingen sich in einer schulmeisterlichen Lehrbetätigung, die statt den müden Arbeitsmenschen auszuspannen, noch weiter anspannten, die anderen raubten dem schaffenden Menschen die Freizeit, indem sie ihn zu Partei- und Gewerkschaftsfunktionären heranbildeten, die dritten glaubten ihn mit elendem Kitsch unterhalten zu können. Aber alle begingen sie den einen Fehler: Dem arbeitenden Menschen von oben her Organisationen zu bilden, in die er hereingezwungen wurde, ohne ihn an dem Aufbau teilnehmen zu lassen. Alles das war falsch! Nur einem Staat von all den 43 Staaten ist es gelungen, den arbeitenden Menschen die Langeweile zu bannen und ihm für die Spelunken, die Wirtschaftshäuser und die schlechten Vergnügungstätten einen würdigen Ersatz zu bieten.

Das ist das geschichtliche Italien mit seiner großen faschistischen Organisation Dopolavoro. Der nationalsozialistische Staat, in Sonderheit die Deutsche Arbeitsfront will jetzt diese gewaltige Aufgabe übernehmen und sie lösen. Sie weiß heute schon, daß ihr dieses große Werk gelingen wird und muß. Folgende Gesichtspunkte werden für die Arbeiten der Deutschen Arbeitsfront maßgebend sein:

1. Es wird keine neue Organisation gebildet, sondern jedes Mitglied der Deutschen Arbeitsfront hat Anrecht auf die Veranstaltungen für die Freizeit und darf, ihre Einrichtungen benutzen.
2. Es werden keine neuen Beiträge erhoben. Die Gelder der Deutschen Arbeitsfront werden für dieses Werk zur Verfügung gestellt nach dem Grundsatz: „Ihr gebt euer Geld nicht mehr wie früher für Streik- und Aussperrungsfonds, sondern für eure Organisation der Freizeit, „Nach der Arbeit.““
3. Jedes Mitglied muß aktiv an dem Aufbau dieser Organisation teilnehmen nach dem Grundsatz „Das Beste ist gerade gut genug, um dem Volke geboten

zu werden.“ Deshalb dürfen nur erstklassige Künstler und Kräfte hier mitwirken und ebenso nur erstklassige Einrichtungen für diese Organisation zur Verfügung stehen. Jeglicher Dilettantismus ist abzulegen!

5. Neben der geistigen und seelischen Erziehung legt die Organisation „Nach der Arbeit“ ihr besonderes Augenmerk auf die körperliche Erziehung nach dem Grundsatz „nur ein gesunder Körper hat eine gesunde Seele.“
6. Soll das Volk sein Vaterland lieben lernen, so ist Voraussetzung, daß das Volk dieses kennt. Deshalb wird die Organisation „Nach der Arbeit“ den deutschen Menschen durch Wochenendfahrten, Gemeinschaftslager, Ferienfahrten usw. durch Deutschland führen und ihm die Schönheiten des Vaterlandes zeigen.
7. Die Organisation der Freizeit „Nach der Arbeit“ wird auf Wunsch des Führers in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft versuchen, je nach der Schwere und nervenzerrüttenden Arbeit der Menschen die Ausspannung, den Urlaub und die Freizeit desselben auszudehnen, so daß er bis in sein hohes Alter dem Volke erhalten bleibt.
8. Oberster Grundsatz muß sein, nicht die Menschen zu diesen Veranstaltungen abzukommandieren, sondern sie nach freiwillem Entschluß wählen zu lassen, weil die Freizeitorganisation „Nach der Arbeit“ das Beste bietet, was geboten werden kann. Mit einem Wort, wir wollen den Menschen wieder die Freude am Leben, an ihrer Heimat und ihrem Vaterland geben, damit er mit neugeprägten Nerven frisch und gesund an seine Tagesarbeit herangehen kann, dieses in der Erkenntnis, daß frohe Menschen auch glaubensstarke Menschen sind und daß Glauben und Hoffen allein das Leben bejaht und daß allein die sanftmütige Lebensbejahung ein Volk befähigt, alle Stürme des Lebens zu überwinden.

Bauerntum als Quelle des Lebens

Von Dr. Rudolf Albert, Dresden

Seit der nationalen Erneuerung Deutschlands ist die Bedeutung des Bauerntums für Volk und Vaterland richtig erkannt worden. Die Gesetzgebung hat seitdem mit Umsicht und Logik sich bemüht, den Grundbedingungen gerecht zu werden, die zu seiner Erhaltung notwendig sind. Sowohl auf wirtschaftlichem wie rechtlichem Gebiet sind eine Reihe Maßnahmen getroffen worden, von denen die Errichtung des Reichsnährstandes und das Erbhofgesetz hervorzugehen.

die geeignet sind, nicht nur die bäuerlichen Belange zu fördern, sondern auch der ganzen Nation — Stadt und Land — Klarzulegen, daß ein gesundes Bauerntum schließlich die Grundlage des Volkstums überhaupt ist. Diese Erkenntnis wird nach allen Seiten hin förderlich sein. Sie spornt das Bauerntum selbst an, aus Liebe zu Volk und Vaterland das Beste zu leisten, während andererseits die Stadtbevölkerung veranlaßt wird, auch an die Interessen der Landwirtschaft zu denken. Das liberalistisch-marxistische Zeitalter hat gerade am Bauerntum bis zur Verwüstung gesündigt, und nicht nur wegen der Bauern selbst, sondern zum Wohle des ganzen deutschen Volkes war es eine vordringliche Aufgabe, durch organische Wirtschaftspolitik dem Nährstande die Existenzmöglichkeit wiederzugeben. Mit dem völligen Zusammenbruch der deutschen Landwirtschaft wäre die Zukunft der ganzen deutschen Nation besiegelt gewesen, die auch um ihrer Erhaltung willen der Kraft des deutschen Bauern bedarf.

Das Bauerntum ist im wahrsten Sinne des Wortes Quelle völkischer Größe, und schon auf rein biologischem Gebiet zeigt sich diese Bedeutung in so außergewöhnlichem Maßstabe, daß man den reinen Fortbestand des deutschen Volkes in Frage gestellt sieht, wenn die bäuerliche Grundlage dem Untergang preisgegeben wird. Es ist kein Zufall, daß die Zeiten steigender Bedrängung der Landwirtschaft durch verfehlte Wirtschaftspolitik den Geburtenchwund unseres Volkes von Jahr zu Jahr mehr begünstigen. Es ist allgemein bekannt, welche Kraft der Erneuerung im Bauerntum steckt, und zwar nicht nur in quantitativer, sondern besonders auch in qualitativer Hinsicht. Vor dem Weltkrieg waren von den gemüserten Rekruten in den Großstädten z. B. nur 6 Proz. tauglich, in den Mittelstädten 10 Proz., vom Bauerntum aber 83 Proz. Während 1924 in Berlin z. B. die Geburtenziffer so weit gesunken war, daß die Stadt ohne Zuwanderung langsam abgestorben wäre, betrug der Geburtenüberschuß in Ostpreußen noch immer 11,2 vom Tausend. Die Jahre marxistisch-liberalistischer Miswirtschaft haben die Zahlen seitdem gewiß ungünstiger gestaltet, aber trotzdem liegt im Bauerntum auch heute noch genug Kraft, um es als völkischen Jungbrunnen zu bezeichnen. Jedoch das deutsche Volk soll und will im Bauerntum nicht nur derart eine Kraftquelle sehen, daß es aus ihm immer neuen Strom für die Städte erhält. Es gilt vielmehr, einer umgekehrten Bewegung Vorschub zu leisten, nämlich der, daß Hunderttausende deutscher Männer und Frauen den Weg zur Scholle zurückfinden, also zur Quelle der Kraft zurückkehren. Seit dem Anbruch der nationalen Wiebergeburt Deutschlands ist auch auf diesem Gebiet viel geleistet worden. Die nationale Regierung Adolf Hitlers hat endlich mit Ernst und Besonnenheit die Siedlungsfrage aufgegriffen, die solange vergeblich ihrer Lösung harnte und nur das Spielobjekt der Theoretiker gewesen war. In der Gegend von Elbing wird z. B. der gigantische Versuch unternommen, Neuland zu gewinnen, indem man das Haß eindeicht. 10 000 Morgen Land konnten auf diese Weise dem Wasser abgerungen werden. Auch die 2,14 Millionen Hektar Moore, die im Frühjahr 1933 in Deutschland noch vorhanden waren, sind zum großen Teile bereits zu Siedlungszwecken in Angriff genommen worden, und in Schleswig-Holstein werden etwa 35 000 Hektar Land durch die Abdämmung der Eiderbucht neu für die Siedlung gewonnen werden. Immer neues Kulturland wird im Kampf gegen Meer und Moor entstehen, und die neuen Bauernhöfe, die auf diese Weise geschaffen werden, erreichen wohl in nicht allzuferner Zeit die Zahl von 150 000 bis 200 000. Wir machen also heute als Nation die Bewegung durch, daß ein dazu brauchbarer Teil des Volkes den Weg zu den Quellen ewiger völkischer Kraft zurückfindet. Zu bemerken ist übrigens noch, daß mit der Ansiedlung von Bauern nicht nur Siedlungsgehöfte geschaffen werden, sondern auch Handwerker, Gewerbetreibende usw. auf das platte Land zurückkehren und damit der Verstädtterung entgegen.



Der Führer unter seinen Arbeitskameraden

Heitere Ecke

Einzige Möglichkeit.

Bultendöller schellt an der Wohnungstür von Teerlapp. — „Der gnädige Herr ist nicht zu Hause, lassen Sie die Rechnung hier“, sagt die Haushilfe.

„Aber ich komme ja gar nicht wegen einer Rechnung“, wehrt Bultendöller ab.

„Dann haben Sie sich wohl in der Tür geirrt“, entscheidet die Haushilfe und schließt die Tür.

Zum Tag des deutschen Buches

Buch, Hammer und Pflug. Von Max Barthel.

Schon in der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung findet man neben den politischen Strömungen die Quellschichten einer deutschen Arbeiterliteratur. Die politischen Dichter heben den Arbeiter aus dem geschichtslosen Dunkel und stellen ihn an das heilige Feuer, in dem der neue Mensch geläutert und geschmiedet wird, der politische Mensch, dessen Leben und Arbeit nicht Selbstzweck ist, sondern dem ganzen Volke dient. Der schaffende Mensch suchte sich damals in Deutschland in den Arbeiterverbänden, in den Vereinigungen für Freiheit und Gerechtigkeit den Raum, in dem Sehnsucht und Willen zu vollstrecken waren. In jenen Bruderschaften lebt und atmet in vielen Theilen der deutsche Sozialismus, der heute Wirklichkeit werden will.

Der deutsche Arbeiter ist der Willens-träger deutscher Kultur, er ist der Vollstrecker der Sehnsucht jener Generationen, die im Dunkel der Geschichte litten und stritten. Der letzte im Staat wollte der erste im Staat sein. In ihm waren die schöpferischen Kräfte des Volkes, in ihm war auch die Leidenschaft des Prometheus, der den Menschen das Feuer vom Himmel gebracht hatte und dafür an den taufassigen Felsen geschmiedet wurde. Der ausgebeutete Mensch wurde schöpferisch, und seine Machtansprüche an den Staat waren weiter nichts als die ersten Stimmen in dem großen Finale der Gegenwart, das die Totalität des Staates fordert, die Volksgemeinschaft aller schaffenden Kräfte aus allen Ständen und Schichten Deutschlands.

Deutschland wurde im vergangenen Jahrhundert auf den Schlachtfeldern geeint. Vorher war es schon einig durch die Sprache, durch gleiches Blut, durch die Sehnsucht seiner Volksgenossen. Deutschland war trotz aller Zerrissenheit einig, vor allem in der Dichtung, deren Zentralsonne, Johann Wolfgang von Goethe, über alle inneren Grenzen und Gegensätze hinweg leuchtete und glühte. Die deutsche Arbeiterschaft wurde geeinigt zuerst durch das politische Schrifttum, das Kampf ansetzte einem absolutistischen Staat, der dem Arbeiter die Mitarbeit am Volke verweigerte.

Neben dem politischen Schrifttum aber erstand aus den Reihen der Arbeiterschaft selbst ein singender Chor von eigenen Dichtern, die von Leid und Lust ihrer Kameraden sagten und sangen. Der deutsche Arbeiter wurde in der deutschen Literatur mehr ein Gegenstand des Mitleids, er wurde der Vollstrecker alter Wünsche und Hoffnungen, er wurde zum riesen Atlas, der auf seinem Nacken die ganze Welt trägt.

Man hat in den letzten Jahrzehnten viel von den deutschen Arbeiterdichtern gesprochen und geschrieben. Literaturprofessoren nahmen sich ihrer an, Dissertationen wurden über sie verfaßt, in den Schulen lernten die Kinder ihre Gedichte auswendig, auf den Straßen wurden ihre Lieder gesungen. Neben dem Hammer trug der deutsche Arbeiter schon lange das Buch in der Hand, zuerst das politische Buch, in dem die Machtansprüche an den Staat formuliert

waren, dann aber das andere Buch, in dem seine eigene Welt gestaltet war. Die alten Arbeiterparteien hatten sich nach dem Krieg politisch den Staat erobert. Sie vergaßen dabei, daß nicht der Staat ein Ding an und für sich ist und der Arbeiter wieder ein Ding für sich, sondern daß alle beide zusammengehören, der Staat und der schaffende Mensch, um eins zu werden, um unüberwindlich zu sein. Sie vergaßen, daß der schaffende Mensch nicht nur ein politisches Wesen ist, er ist auch der biologische Träger vergangener Geschlechter und Erbmassen, sie vergaßen die Blutgemeinschaft des Volkes, übersehen, daß der heutige Arbeiter zum größten Teil Sohn oder Enkel bäuerlicher Vorfahren ist. Sie gaben dem deutschen Arbeiter politische Steine und verweigerten ihm das nahrhafte Brot.

Die Arbeit des Bauern auf Grund und Boden rundet sich wie das Jahr und ist schön und in sich abgeschlossen wie das Jahr. Das Werk des Arbeiters aber in der Fabrik an den Drehbänken ist nicht in sich abgeschlossen und schön und vollkommen wie das ganze Jahr. Wohl hebt er den Hammer und schlägt auf das glühende Eisen, um es zu formen und zu zwingen. Aber dieses geformte Eisen ist nur ein Stück, ein Kolben oder Hebel im Triebwerk einer Maschine. Der Arbeiter im Werk übersieht selten sein Werk: nur Stückwerk wächst vorerst unter seinen Händen, bis es sich endlich zusammensetzt, und den Ruhm des schaffenden Menschen verkündet. Arbeiterliteratur ist etwas anderes als Bauernliteratur. Die Sonnenblume wächst auf anderem Grund und Boden als die Weinrebe. Die Dichtung, die aus Bl und Eisen wächst, ist anders als die Dichtung, die aus umgepflügten Acker oder duftendem Getreidefeld emporblüht. Beide aber, die Dichtung des Arbeiters und die Dichtung des Bauern, aufgewachsen im Raum des Volkes, haben noch einen anderen Wurzelgrund, den roten Quellgrund des Blutes, und sie wachsen empor und werden bewegt vom Sturm des Schicksals der ganzen Nation.

Der Pflug reißt den Boden auf, der Hammer schmiedet und formt das Eisen, die Dichtung aber vermag beides, den Boden aufzureißen und fertigzumachen für die neue Saat, die Sichel und Sense zu hämmern für die Ernte. Der Hammer kann sich auch die Sichel für eine geistige Ernte schmieden, und er hat sie geschmiedet. Die geistige Ernte aus deutschem Kulturgut einzubringen ist die höchste Aufgabe des deutschen Arbeitertums, wie es die höchste Aufgabe der Dichtung ist, über alle Klassen und Stände das Volk zu einigen, umzupflügen und noch fruchtbarer zu machen.

Wenn der Winter kommt, ist es bis zum Frühling nicht mehr weit. In diesen grauen Tagen wollen wir bei unseren Büchern des Frühlings gedenken, der sich jetzt schon im aufsteigenden Lichte der Wintersonnenpende ankündigt. Über das Zufällige und Vereinzelte in unserem Leben laßt uns vollkommen werden wie das Jahr, das wir alle erleben, wenn wir auf unserem Stern-Erde um die Sonne fahren.

rißen Berge mit den Salzburger Alpen zusammenstoßen und die Grenze über die felsigen Gipfelgrate verläuft.

Nach drei oder vier Stunden Fahrt erwartet uns oben in „Haus Wachenfeld“ bei der gastlichen Schwester des Führers eine stille Häuslichkeit und wohlliches Behagen. Wie gemütlich ist das große Erkerzimmer mit seinen bunten Bauernmöbeln. Auf dem Boden liegen lustige Fleckerlappiche, die an heimischen Handwebstühlen gefertigt werden. Lustig zwitschern in ihren Käfigen die Wellensittiche, die Lieblinge der Hausfrau, und im Erker tickt die alte Standuhr.

Die Küche ist dentbar einfach und kräftig. Frische Milch, schwarzes Bauernbrot und Mehlspeisen, die die Hausfrau köstlich zubereiten weiß, schmecken dem Führer am besten. Nach den Mahlzeiten sitzen wir um den runden Tisch herum oder auf der langen Ofenbank an dem grünen Kachelofen. Das ist so recht die Stimmung, den Fragen des Gesprächs bis tief in die Nacht weiter zu spinnen, in engem Kreis mit vertrauten Freunden zu sinnen und zu sorgen um Deutschlands Wiederauferstehen. In der Stille des Oberjalsberges hat der Führer schon so manchenmal die wichtigsten Entscheidungen getroffen, die bedeutendsten Rundgebungen ausgearbeitet.

Auf einsamen Spaziergängen sammelt sich der Führer zu neuer schöpferischer Arbeit. Adolf Hitlers Lieblingsweg führt durch Wald und Wiesen zum Hochlenzer, nach Scharitzfeld und Vorderbrand. Ein kleines Denkmal am Waldessaum über dem Platterhof liegt am Wege mit Inschriften von Peter Kofegger und Richard Bos; es gilt dem Gedächtnis an Judith Platter, die Herrin des Platterhofes, die Heldin von Richard Bos' berühmten Roman „Zwei Menschen“. Nach dem Willen des Führers soll sich in kurzer Zeit auf dem benachbarten Hügel zwischen „Haus Wachenfeld“ und dem Platterhof ein Denkmal für Dietrich Eckart erheben, mit dessen Entwurf der Führer einen einheimischen Bildhauer beauftragte.

Welcher freie, weite Blick von dieser Höhe! Unvergleichlich schön liegt tief unter uns das grüne Eiland des Berchtesgadener Talkessels. Ringsum stehen steil die scharfgegliederten Bergriesen des Landes, die der Führer so sehr liebt. Es leuchtet der Blaueisgletscher am Hochfalter, König Waghmann mit seinen sieben steinernen Kindern erhebt zudig sein Haupt zum Himmel, der sagenumwobene Untersberg trägt unwillig die Grenze nach Österreich auf seinem breiten Rücken, die zwei Völker gleichen Blutes und gleicher Sprache trennt, und die Kuppe der Reiteralpe reckt sich hoch hinterm Hintersee über der Ramsau empor. Südwärts aber dieses herrlichen Aussichtsweges gehen die Wiesenterrassen und steilen Bergwälder des Oberjalsberges in die schroffen Felswände des Hohen Göll über.

Hinter dem idyllischen Berggasthaus Hochlenzer leuchtet in der Tiefe das Wunder des Königssees auf, jenes wie ein nordischer Fjord zwischen Bergabstürzen eingebetteten grünen Märchens. Dort unten, nach mehrstündigem Marsch, erschien schon manchmal der Führer mit seinen Freunden unerwartet in der großen Gaststube des Schiffermeisters zwischen Einheimischen und Fremden, sich für die Heimkehr zu stärken.

Als der Führer Kanzler des Reiches geworden war, erfuhr notgedrungen „Haus Wachenfeld“ nach Adolf Hitlers eigenem Entwurf einige Veränderungen. Eine Anfahrt für die Wagen wurde geschaffen, die Terrasse verbreitert, eine Wagenhalle und ein kleines Gästehaus sowie ein Gebäude für die Wache entstand. Diese Erweiterung erwies sich als notwendig wegen der zahlreichen Staatsbesuche, die der Kanzler während seines Urlaubs zu wichtigen Besprechungen hier empfängt. Der Geist des Hauses aber ist derselbe geblieben, und äußerlich fügt sich „Haus Wachenfeld“ jetzt noch besser in die Landschaft. Vor dem Hause auf der steilen Bergwiese aber rauscht wie zuvor der alte Brunnen, und die drei Schäferhunde Muck, Wolf und Blonda, die guten Freunde des Führers, halten scharfe Wache.

Buchbesprechung

„Chrentage der SA. und SS.“ von Rüdiger, erschienen im NS-Druck und -Verlag, Berlin-Schöneberg. Dieses Buch sollte jeder junge deutsche Mensch lesen, nicht zuletzt aber auch diejenigen, die den Sinn und Charakter dieser Formationen noch nicht recht begriffen haben. Stärker denn je leuchtet aus diesem Buch der Opfergeist und kämpferische Idealismus, der Bannerträger der deutschen Revolution, hervor. Durch die Entstehungsgeschichte des Horst-Wessel-Liedes gewinnt der Leser erst ein tieferes Verständnis für die Worte, die ein heldenmütiger junger Kämpfer zur Eroberung deutscher Arbeitsmenschen diesem Kampflied der SA. zugrundelegte, das heute neben dem Deutschlandlied rangiert. Der SA. und SS. aber ist mit diesem Buch ein historisches Dokument geschaffen worden.

Sp. „Deutsches Arbeitsrecht.“ Im Verlag der Deutschen Arbeitsfront ist unter der Herausgeberschaft des Staatsministers Dr. Frank die arbeitsrechtliche Zeitschrift „Deutsches Arbeitsrecht“ erschienen. Der Abonnementpreis beträgt für das Jahr 16 RM., Einzelhefte kosten 1,80 RM. Die Zeitschrift erscheint monatlich einmal. Die Zustellung erfolgt nach Aufgabe der Bestellung beim Verlag der Deutschen Arbeitsfront, Berlin SW 19, Märkisches Ufer 34, durch das für den Besteller zuständige Postamt, weil auf diese Art jeder Bezahler am schnellsten in den Besitz der Zeitung gelangt.

Für den Weihnachtstisch Adolf Hitler: „Mein Kampf“. So, wie in jede christliche Familie eine Bibel gehört, muß in die Hand eines jeden Deutschen das Werk seines Führers Adolf Hitler „Mein Kampf“ gelegt werden. Das Weihnachtsgeschenk gibt Gelegenheit, seinen lieben Nächsten mit dieser Gabe zu bedenken. Durch die Buchvertriebsabteilung im Deutschen Steinarbeiter-Verband ist das Werk für 7,20 RM., einschließlich Porto, zu beziehen. Die Lieferung erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrages auf Postcheckkonto Berlin 10 669 und einer Bestellung an den Verlag oder gegen Nachnahme.

Der Führer in Berchtesgaden

Im „Haus am Berg“ München, 19. November.

Nachdem lange Wochen anstrengender Fahrten durch alle Gaue Deutschlands mit dem gewaltigen Sieg des 12. November abgeschlossen sind, hat sich Reichskanzler Adolf Hitler nach Berchtesgaden begeben, um — wie schon so oft nach entscheidenden Ereignissen — mit seiner engsten Begleitung einige Tage auf dem Oberjalsberg in stiller Zurückgezogenheit zu verbringen.

Um den deutschen Volksgenossen ein Bild zu vermitteln von dem Rahmen in dem der Führer die Tage am Oberjalsberg verbringt, wurde der Reichspresseschef der NSDAP, Dr. Dietrich, der auch diesmal den Führer begleitet, gebeten, den Beziehern der NSK. aus seinem packenden Buch: „Mit Hitler in die Macht“ (Verlag Frz. Eher Nachf., München) das Kapitel „Das Haus am Berg“ zum Nachdruck zu überlassen. Dr. Dietrich hat sich bereit erklärt, dieses hochinteressante Kapitel, das wir im folgenden wiedergeben, zur Verfügung zu stellen.

Das Haus am Berg

Der Oberjalsberg ist längst zu einer historischen Stätte des Nationalsozialismus geworden. Überreich ist dieser Berg an Erinnerungen aus der Geschichte der Bewegung, den Zeiten ihrer schlimmsten Verfolgung, ihres Kampfes, ihres Sieges. Unzählige sind schon voll Ehrfurcht die steile Straße von Berchtesgaden zum Oberjalsberg emporgestiegen. Immer stärker schwillt der Strom der Besucher an, seitdem sie wissen, daß der Führer auch als Kanzler dem Berge treu geblieben ist.

Adolf Hitler, Dietrich Eckart, Hermann Esser und Christian Weber haben den Oberjalsberg im Jahre 1923 für ihre Zwecke ausfindig gemacht. Es war die Zeit des Republiksturzgehezes. Mancher Nationalsozialist suchte und fand bei treuen Freunden in der Abgeschiedenheit des Oberjalsberges seitdem Unterschlupf vor seinen Verfolgern.

Man traf sich auf dem Platterhof. Hier verfaßte Dietrich Eckart, der Kämpfer und Dichter des Dritten Reiches, seine Kampfschriften, von hier aus ging er unter falschem Namen in die Täler, die Bauern aufzurütteln. Von Adolf Hitler gewarnt, hielt sich Dietrich Eckart auf versteckten Ödhöfen und Almhöfen vor seinen Hächtern verborgen.

Oft kam Adolf Hitler bei Nacht und Nebel auf dem Platterhofe an, sich mit seinen Freunden zu beraten. Dietrich Eckart aber wurde verhaftet und ins Gefängnis genommen. Todkrank, von Verfolgung und Haft körperlich gebrochen, vom

Berrat des 9. November seelisch zermürbt, kam er wieder nach Berchtesgaden. Am 2. Weihnachtsfeiertag 1923, als der Führer und fast alle seine Freunde auf der Festung Landsberg gefangen saßen, ist Dietrich Eckart dort einsam gestorben. Hier fand er seine letzte Ruhestätte.

Aus der Unrast seiner Tage, aus dem Übermaß von Arbeit ist seitdem Adolf Hitler immer wieder in der Einsamkeit des Berchtesgadener Landes untergetaucht, das von jeher Menschen von Eigenart und Eigenwillen angezogen hat. Die Landsberger Festungshaft lag hinter ihm, die Partei war zerschlagen, das Redeverbot machte jedes öffentliche Werben für seine Idee unmöglich.

Da zog sich der Führer in die bayerischen Berge zurück. Während er die Neugründung der Partei vorbereitete, schrieb er in einem kleinen Berchtesgadener Gasthaus an dem zweiten Teil seines Buches: „Mein Kampf“, den er Dietrich Eckart zueignete, „der als der Besten einer sein Leben dem Erwachen seines, unseres Volkes gewidmet hat, im Dichten und im Denken und am Ende in der Tat“.

Dicht unterhalb des Platterhofes, an den hochstämmigen Bergwald angelehnt, liegt „Haus Wachenfeld“, ein schlichtes, anheimelndes, kleines Landhaus im oberbayerischen Gebirgsstil mit einer umlaufenden Holzveranda unter dem überstrahlenden Giebeldach. Steine beschweren das Dach, damit der Sturm die Schindeln nicht abhebt. Den First zielt ein spitzer Dachreiter mit der Lütglode. Ein Kaufmann aus der Hamburger Gegend hatte sich kurz vor dem Kriege dieses Landhaus erbaut.

Ein glücklicher Zufall wollte es, daß gerade um die Zeit, als Adolf Hitler nach der Festungshaft zum Oberjalsberg zurückkehrte, „Haus Wachenfeld“ zu mieten war. Adolf Hitler griff zu, und unter den fürsorglichen Händen seiner Schwester, Frau Raubal, sind ihm seitdem „Haus Wachenfeld“ und der Oberjalsberg zu einem Stück Heimat geworden.

Wie oft hat der Führer selbst im Jahre 1932, dem Jahre des erbittertsten Endkampfes um die Macht, den Weg hierher zu seiner eigenen Scholle in freier Bergeswelt gefunden und sei es auch nur für wenige Stunden. Über Bad Aibling und Rosenheim führt die Straße von München zum Chiemsee. Die Fahrer kennen schon das herrlich gelegene Gasthaus am Seeufer. Dort wird angehalten zu kurzer Rast. Man sitzt unter alten Bäumen, vor sich den weiten See.

Näher rücken die Berge heran. Über Traunstein und Reichenhall durch die ehemals befestigte Paßenge von Hallturm führt die Straße in den schönsten Teil der deutschen Alpen, in die äußerste Südostecke des Reiches, wo die baye-

ohne jeden Grund verlieren kann, wenn also die Sicherheit seiner Existenz gewährleistet ist.

Jeder Arbeiter erhält Urlaub

In einer großen Anzahl von Tarifverträgen haben die Treuhänder der Arbeit diese nationalsozialistischen Leitgedanken bereits verwirklichen können. Besonders der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg, Johannes Engel, hat in letzter Zeit eine Anzahl von Tarifverträgen festsetzen können, die als ein wesentlicher Fortschritt in der Praxis des Tarifvertragswesens anzusehen sind. Der Urlaub der Arbeiter war bisher eine Einrichtung, von der praktisch nur die wenigsten Arbeiter Gebrauch machen konnten. Während alle anderen Berufsgruppen eine bestimmte und bezahlte Freizeit im Jahre haben, hatte der Arbeiter hier meist das Nachsehen. In einem der neuesten Tarifverträge, und zwar in einem

Vertrag zwischen dem deutschen Arbeiterverband des Nahrungsmittelgewerbes und den Unternehmern im Kiosk- und Trinkhallengewerbe ist nunmehr gesetzlich festgelegt, daß alle Arbeiter einen Urlaub zu erhalten haben, für den der volle Lohn als Urlaubsgeld zu zahlen ist. Der Urlaub beträgt für alle Arbeiter nach dem ersten Beschäftigungsjahr sechs Arbeitstage, nach drei und mehr Beschäftigungsjahren zwölf Arbeitstage. In einer weiteren Bestimmung ist endlich auch eine Forderung der Berufsverbände erfüllt, daß nämlich jugendliche Arbeiter unter 19 Jahren, sowie Schwerkriegsbeschädigte den Höchsturlaub erhalten. Neueingetretene Arbeiter erhalten Urlaub bereits nach einer Beschäftigungsdauer von vier Monaten. Der Urlaub soll möglichst in die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober des Jahres gelegt werden.

Lohnbewegung

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Südwest.

Nr. T. 242/33. Karlsruhe, 9. November 1933. Herrenstraße 45a.

Gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933 (RGBl. I S. 285) bestimme ich:

Zwischen dem Württembergischen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe E. B. und dem ihm angeschlossenen Naturwerksteinverband Württemberg einschließlich der badischen Gemeinden Sulzfeld, Ohjensberg, Künzbach und Mühlbach sowie den im Anhang genannten Betrieben einerseits

und dem Deutschen Steinarbeiterverband andererseits gilt folgender

Tarifvertrag:

§ 1.

Der räumliche und berufliche Geltungsbereich erstreckt sich auf die Steinbruch- und Steinhauereibetriebe (Brechen und Bearbeiten von Werksteinen aller Art für Hoch-, Tief- und Gartenbau sowie für Denkmäler) in Württemberg, Hohenzollern und Wimpfen.

§ 2.

Für die allgemeinen Arbeitsbedingungen gilt der Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten sowie der Württembergische Lohn- und Arbeitstarifvertrag je vom 3. März 1933, soweit im nachstehenden nichts anderes bestimmt ist.

§ 3.

Lohntarifvertrag.

1. Für die Stundenlöhne werden drei Ortsklassen gebildet (siehe § 4).

2. Die Stundenlöhne werden für die Steinhauer in drei Stufen, für die übrigen Arbeitergruppen in zwei Stufen eingeteilt.

Zur Lohnstufe 1 gehören sämtliche Steinhauer und Arbeiter über 21 Jahre mit durchschnittlicher Leistungsfähigkeit.

Zur Lohnstufe 2 gehören ältere, invalide Steinhauer und Arbeiter im Sinne des § 5 Nr. 8 des Reichsbautarifvertrags sowie die sogenannten Steinspitzer.

Zur Lohnstufe 3 gehören die Junggefellern, d. h. die Steinhauer unter 21 Jahren nach bestandener Gesellenprüfung.

Es beträgt der Lohn für:

Ortsklasse I	Lohnstufe		
	1	2	3
Steinhauer, Steinmegeren	90	80	70—75
Steinbrecher, Bossierer	80	75	
Fräher, Schleifer, Säger	80	75	
Handwerker (gelernte Arbeiter)	85	75	
Steinbrucharbeiter	70	60	
Ortsklasse II			
Ortsklasse II	Lohnstufe		
	1	2	3
Steinhauer, Steinmegeren	75	70	60—65
Steinbrecher, Bossierer	65	60	
Fräher, Schleifer, Säger	65	60	
Handwerker (gelernte Arbeiter)	70	60	
Steinbrucharbeiter	57	50	
Ortsklasse III			
Ortsklasse III	Lohnstufe		
	1	2	3
Steinhauer, Steinmegeren	65	60	50—55
Steinbrecher, Bossierer	55	50	
Fräher, Schleifer, Säger	55	50	
Handwerker (gelernte Arbeiter)	58	53	
Steinbrucharbeiter	48	45	

Sämtliche Arbeiter unter 21 Jahren erhalten die entsprechenden Löhne der jugendlichen Arbeiter nach dem Württembergischen Bauarbeitertarifvertrag vom 3. März 1933, höchstens jedoch die Löhne der Lohnstufe 2 ihrer Arbeitergruppe.

Die Steinhauerlehrlinge erhalten den Steinhauerlohn nach den Hundertsätzen des § 3 des Württembergischen Bautarifvertrags vom 3. März 1933.

4. Über die LohnEinstufung entscheidet der Arbeitgeber (Meister) im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung. Falls keine Betriebsvertretung vorhanden ist, entscheiden die Vertreter der vertragschließenden Verbände.

5. Für a u s w ä r t i g e Arbeiten wird ein Zuschlag von 50 Proz. gewährt; mindestens aber ist der Lohn an der Baustelle zu bezahlen, wie er in der Vereinbarung über die Steinhauerlöhne im württembergischen Baugewerbe vom 11. März 1933 festgesetzt ist.

6. Zuschläge werden außerdem (Nr. 5) nur für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, und zwar nach den Sätzen in § 2 Nr. 2a, b und c (10,35 und 50 v. H.) des Württembergischen Lohn- und Arbeitstarifvertrags für das Baugewerbe vom 3. März 1933 bezahlt.

7. Durch die Festsetzung dieser Mindestlöhne sollen die in dem Gewerbe aufgetretenen Mißstände in der Entlohnung und der gegenseitigen Unterbietung beseitigt werden. Diese Mindestlöhne dürfen daher nirgends unterschritten werden.

8. Bisher bezahlte höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden.

9. Bei Akkordarbeit muß ein normal leistungsfähiger Arbeiter mindestens 15 Proz. über dem Stundenlohn seiner Gruppe verdienen können. Der Stundenlohn wird ihm auf alle Fälle gewährleistet.

§ 4.

Ortsklassen.

In Ortsklasse I fallen die Betriebe auf den Markungen Groß-Stuttgart, Eßlingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Wöhringen a. F.

Bolschewismus bedeutet Hunger und Not

Trotz der Meldungen über eine günstige Ernte und über eine Erhöhung der Brotationen herrscht nach wie vor in Rußland ein Zustand, der, mit mitteleuropäischen Maßstäben gemessen, nicht anders als mit „Hungersnot“ zu bezeichnen ist.

Zwar sind gelegentliche Hungersnöte auch in dem Vorkriegs-Rußland aufgetreten. Die Politik des russischen Großgrundbesitzes in der Vorkriegszeit, ohne Rücksicht auf die Ernährungsbedürfnisse des eigenen Landes möglichst viel Getreide ins Ausland zu schicken, führte bei geringeren Ernten leicht zu einem erheblichen Mangel an Brotgetreide für die bäuerlichen Arbeiter des Großgrundbesitzes. Abgesehen von diesen Auswirkungen einer ungesunden Eigentumsverteilung traten und treten in Rußland für die Ernährung des Volkes Schwierigkeiten auf, die in den besonderen klimatischen Verhältnissen des Riesensreiches ihre Ursachen haben. Selbst Gebiete, die außerhalb der eigentlichen Steppen liegen, sind in gewissen Abständen immer von anhaltenden Dürrezeiten bedroht. Hinzu kam früher die ungenügende Entwicklung des Verkehrswesens, so daß es immer schwer hielt, den von Mizernten bedrohten Gebieten schnell und wirksam zu helfen.

Wie früher bestehen auch für die Sowjetunion außer den zuletzt genannten Gründen (klimatische Gefahren und Unzulänglichkeit des Verkehrswesens) noch Schwierigkeiten bevölkerungspolitischer Natur. An eine Volkswirtschaft mit einer so bedeutenden jährlichen Bevölkerungszunahme, wie in Rußland, werden naturgemäß andere Anforderungen hinsichtlich der Ertragsfähigkeit der einzelnen Produktionszweige gestellt als das bei einem Volk mit stagnierender Bevölkerung der Fall ist.

Trotzdem räumt die Sowjetunion die Bevölkerungszunahme nicht als Entschuldigung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes ins Feld; denn Amerika hat vor der Welt den Beweis erbracht, daß es trotz einer bedeutenden jährlichen Bevölkerungszunahme möglich ist, steigende Erträge insgesamt und höhere Anteile davon für den einzelnen zu erzielen.

Trotz gewisser Schwierigkeiten, die ohne weiteres zugegeben werden müssen, besitzt andererseits die Sowjetunion Reserven und Reichtümer, wie sie in dieser Größe wohl nur noch in Amerika vorhanden sind. Zu dem riesigen Raum mit Böden von einzigartiger Fruchtbarkeit verfügt Rußland über gewaltige Erzkvorkommen, bedeutende Kohle- und Erdölreserven. Um sich den enormen natürlichen Reichtum Rußlands recht klar zu machen, ist es nötig, nur einmal auf das in dieser Hinsicht von der Natur sehr stiefmütterlich bedachte Italien zu blicken. Während Italien zur Unterbringung seines Bevölkerungsüberschusses schon genötigt ist, den kostspieligen Weg der inneren Kolonisation: Trockenlegung von Sümpfen! zu gehen, verfügt Rußland über riesige Siedlungsgebiete mit kaum erkannten, viel weniger genutzten Entwicklungsmöglichkeiten. In dem geistreicheren Wort von Karl Kautsky, „daß Rußland nur einen Spatenstich tiefer zu pflügen brauche, um allen Schwierigkeiten Herr zu werden“, liegt unzweifelhaft eine gewisse Wahrheit eingeschlossen.

Neben den gewaltigen natürlichen Reichtümern des Landes sind nun von der Sowjetunion in den letzten Jahren außerordentliche Mittel aufgebracht worden, um die technisch-industrielle Grundlage des Landes zu erweitern.

Trotzdem sind die Anteile des einzelnen Werktätigen an den Erträgen der Wirtschaft in der Sowjetunion trotz aller statistischen Verbrämungsversuche in Wirklichkeit immer kleiner geworden. Während es in einem an natürlichen Reichtümern so armen Land wie Italien, während es dem tributbeladenen Deutschland, dem ebenfalls von der Natur mit einem fargen Boden bedachten Japan gelungen, trotz der Schwere der Zeit die Bevölkerung des Landes vor direktem Hunger zu bewahren, sind auch in den Jahren nach dem Bürgerkrieg Hunderttausende in Rußland buchstäblich verhungert.

Wenn im Gegensatz zu Amerika und anderen Ländern, wo bei gleicher Bevölkerungszunahme die Lage der Bevölkerung in materieller Hinsicht sich anhaltend gehoben hat, wenn im Gegensatz zu dem rohstoffarmen Italien, dessen Bevölkerung sich ebenfalls stark vermehrt und im Gegensatz zu Japan, das wenigstens in dieser Zeit eine gewaltige wirtschaftliche und räumliche Ausdehnungspolitik treiben kann, in Rußland der Hunger wütet, dann müssen die Gründe nicht in äußeren Schwierigkeiten — die haben die anderen

Völker ebenfalls —, sondern in den Grundfragen selbst liegen, nach denen die Wirtschaft der Sowjetunion aufgebaut und geführt wird.

Ein Hauptbestandteil der kommunistischen Propaganda bildete stets die Lehre, daß die Arbeiterschaft durch den Unternehmer dadurch ausgebeutet werde, daß es dem Unternehmer möglich sei, sich den sogenannten Mehrwert, d. h. das, was er über die Herstellungskosten hinaus für seine Erzeugnisse erhält, auf Kosten des Arbeiters in seine Tasche zu stecken. Erst in einer nach kommunistischen Grundfragen aufgebauten Gesellschaft, wo die Arbeiterschaft in dem Besitz der Produktionsmittel ist, fällt nach kommunistischer Lesart die Ausbeutung durch den Unternehmer weg.

Nun steht als unumstößliche Tatsache fest, daß die Wirklichkeit in dem „ersten Arbeiterstaat der Welt“ diesen Behauptungen der kommunistischen Propaganda auch nicht im entferntesten entspricht. Wo steigender Wohlstand der Massen herrschen müßte, wachsen Not und Elend in einem unheimlichen Maße und Tempo. Die Ursache liegt hierfür einfach in den verkehrten Grundfragen, nach denen in Rußland dekretiert und organisiert wird. Mit der radikalen Vernichtung jeder Form von Eigentum ist der Staat — nicht, wie immer fälschlicherweise gesagt wird, das „Proletariat“ — zum Herrn aller wirtschaftlichen Werte geworden. Damit hat aber der russische Staat eine der wichtigsten Kräfte im Gemeinschaftsleben, das an den Erträgen seiner Arbeit auch entsprechend beteiligte Streben des Menschen, lahmgelegt. Gleichzeitig ist an die Stelle des verantwortlichen und persönlich interessierten Produzenten die verantwortungslose, schwerfällig arbeitende und uninteressierte Bürokratie getreten.

Die Bürokratie, der „Apparat“, von den bolschewistischen Oppositionellen immer wieder angeklagt, ist der eigentliche Herr in Rußland. Der „Apparat“ beherrscht das Land und das Proletariat.

Wie jede Bürokratie hat auch der bolschewistische Apparatismus die Neigung, zu zentralisieren, sich mammuthaft aufzublähen, immer neue Kontrollen, Bestimmungen, Verordnungen usw. zu schaffen, die den natürlichen Fluß der Dinge bis zum völligen Stillstand hemmen und verwirren. Dieser Apparat hat sich nun als ein Mehrwerträuber riesigsten Formates erwiesen. Während im autoritären Staat als übergeordneter Instanz die Bürokratie ein scharf gezügeltes Mittel für die allgemeinen Zwecke des Volkes ist, ist in Rußland das Mittel zum beherrschenden Selbstzweck geworden. Während im autoritären Staat das persönliche Leistungs- und Gewinnstreben gefördert, wo es für das Ganze nutzbringend ist und eingeschränkt wird, wo es schädlich zu werden droht, hat Rußland diese für die Entwicklung und Erhaltung des wirtschaftlichen Lebens wichtige Kraft völlig vernichtet. Es hat damit gegen die Naturgesetze des menschlichen Verhaltens verstoßen und gleichzeitig an die Stelle der Persönlichkeit in der Wirtschaft den „Apparat“ gesetzt, der sich als absolut parasitär und unfähig erweist.

Bei einem Vergleich der kapitalistischen Wirtschaft mit der bolschewistischen Wirtschaft fällt der Vergleich hinsichtlich der Lage der Arbeiterschaft unzweifelhaft zugunsten der kapitalistischen Wirtschaft aus.

Aber auch die dieser Wirtschaftsform anhaftenden Mängel und Fehler werden, ohne in die chaotischen Experimente des Bolschewismus zu verfallen, erst im autoritären Staat auf einer höheren Ebene der Wirtschaftsführung und Gestaltung überwunden.

Solange Rußland nach den Schreibtischtheorien eines westfremden, hakerfüllten, ehrgeizigen Theoretikers von der Art eines Karl Marx regiert wird, werden trotz allen natürlichen Reichtums, trotz großer Aufwendungen und Anlagen, Elend, Hunger und Not ständige Gäste in diesem unglücklichen Lande sein.

Aus betriebstechnischen Gründen konnten in dieser Woche nicht alle Adressen und Stückzahländerungen berücksichtigt werden. Die nach den Meldungen eingetretenen Änderungen im Zeitungsverband werden daher zum Teil erst mit Nr. 49 des „Steinarbeiter“ erfolgen.

In Ortsklasse II die Betriebe auf den Markungen Mpirsbach, Badnang, Berthelm, Bietigheim, Birkenfeld, Biffingen a. d. Enz, Calw, Deizisau, Denkendorf, Dietersweiler, D.-M. Freudenstadt, Echterdingen, Freudenstadt, Heidenheim, Heumaden a. F., Lauffen a. N., Leinfelden a. F., Leonberg, Lustnau, Musberg a. F., Neellingen, Oberndorf, Plattenhardt a. F., Warmbronn*, D.-M. Leonberg, Weinsberg, Winnenden.

Zur Ortsklasse III zählen alle übrigen Orte. *) Warmbronn zählt bis 31. Dezember d. J. zur Ortsklasse III, vom 1. Januar 1934 ab zur Ortsklasse 2.

§ 5.

Dieser Tarifvertrag gilt ab 15. November 1933 bis auf weiteres und kann nach Bedarf vom Treuhänder der Arbeit auch auf Anregung einer Vertragspartei, jederzeit nach vorausgegangenem 14tägiger Ankuündigung auf Monatschluß aufgehoben werden.

Der Treuhänder der Arbeit: gez. Dr. K i m m i c h.

Beglaubigt:

Geschäftsführer, gez. K r i e g e r.

Abänderungen.

I.

Abänderung des in Nr. 44 des „Steinarbeiter“ veröffentlichten Tarifvertrages für die Granitwerksteinindustrie-Betriebe rechts des Rheins.

Nr. I-IV-11/15-2797.

Tarifvertrag für die gewerblichen Arbeiter in der Granitwerksteinindustrie in Bayern rechts des Rheins.

Gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933 (RGBl. 1. I, S. 285) in Verbindung mit § 2 Satz 1 der Durchführungsverordnung zum Gesetz über Treuhänder der Arbeit vom 13. Juni 1933 (RGBl. 1. I, S. 368) bestimme ich:

Der zweite Satz der in Ziffer I Absatz b meiner Entscheidung vom 19. Oktober 1933 — Aktenzeichen T-IV-11/15-2120 — enthaltene Bestimmung wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Voraussetzung für diese Vereinbarung ist, daß der mit diesen Arbeiten beschäftigte Arbeiter in der Lage ist, annähernd den Verdienst zu erreichen, den er bei deutschen Arbeiten zu den für diese gültigen Akkordätzen verdienen würde.“

Berichtigung:

In der 6. Zeile der Ausfertigung meiner Entscheidung vom 19. Oktober 1933 ist an Stelle der nach dem abgekürzten Wort Abf. folgenden Ziffer „2“ die Ziffer „1“ zu setzen.

M ü n c h e n, den 10. November 1933.

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Bayern gez. H a r t m a n n.

II.

Die in Nr. 37 und 44 des „Steinarbeiter“ erschienenen Bestimmungen des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Bayern für die in den Granitwerksteinbetrieben in Bayern beschäftigten Arbeiter erfahren folgende Abänderungen:

Nr. I-IV-11/8-2796.

Tarifvertrag für die gewerblichen Arbeiter in den Granitwerksteinbetrieben in Bayern vom 23. August 1933.

Gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933 (RGBl. 1. I, S. 285) in Verbindung mit § 2 Satz 1 der Durchführungsverordnung zum Gesetz über Treuhänder der Arbeit vom 13. Juni 1933 (RGBl. 1. I, S. 368) bestimme ich:

Der zweite Satz der in Ziffer I Absatz b meiner Entscheidung vom 23. August 1933 — Aktenzeichen T-IV-11/8-826 — in der Fassung vom 19. Oktober 1933 — Aktenzeichen T-IV-11/8-2256 — enthaltene Bestimmung wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Voraussetzung für diese Vereinbarung ist, daß der mit diesen Arbeiten beschäftigte Arbeiter in der Lage ist, annähernd den Verdienst zu erreichen, den er bei deutschen Arbeiten zu den für diese gültigen Akkordätzen verdienen würde.“

M ü n c h e n, den 10. November 1933.

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Bayern gez. H a r t m a n n.

Berichtigung.

Betrifft: Tarifvertrag für die Granitwerksteinbetriebe in Bayern rechts des Rheins vom 19. Oktober 1933.

Bei der Drucklegung vorstehenden Tarifvertrags, der in Nr. 45 des „Steinarbeiter“ veröffentlicht wurde, ist ein Druckfehler unterlaufen.

Unter Absatz II Punkt 1 sind aufgeführt: „Steinmehlen, Steinbrecher, Schmiede, Pfisterer und sonstige Hilfsarbeiter.“

Es muß heißen: „Steinmehlen, Steinbrecher, Schmiede, Pfisterer und sonstige Facharbeiter“, was hiermit richtiggestellt wird. Die Schriftleitung.

Verbandsbezirk V, Nordmark.

Betrifft: Verhandlung mit der Hamburger Hochbahn, A.-G.

Die Hamburger Hochbahn hat seit langen Jahren mit dem Steinarbeiter-Verband eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß sie die jeweiligen Hamburger Steinsekerlöhne minus 10 Prozent zahlt.

Der Abzug wurde deshalb gemacht, weil die Steinsekerarbeiter der Hochbahn das ganze Jahr hindurch beschäftigt werden und Fahrkarten bekommen.

Der Verbandsbezirksleiter der Nordmark hat nunmehr eine neue Vereinbarung getroffen, wonach ab 1. Oktober 1933

nur noch 5 Prozent von den jeweils gültigen Löhnen in Abzug gebracht werden.

Verbandsbezirk XII Bayern

Die Hartsteinwerke Basalt-Aktiengesellschaft, Sitz Linz am Rhein, Betriebsleitung der Pfälzer Dioritsteinbrüche, Altenglan (Pfalz) und die Hartsteinwerke Bell GmbH in Kusel, wurden rückwirkend ab 1. Oktober 1933 in den Hartsteintarif der Rheinpfalz eingegliedert.

Der Verbandsbezirksleiter XII. gez. K a i s e r.

Reichsautobahnen

Berlin-Stettin. Die Vorarbeiten im Kreise Oberbarnim sind in vollem Gange und man hofft, Ende November damit so weit zu sein, daß Anfang Dezember bereits mit den Erdarbeiten begonnen werden kann. Zunächst ist etwa folgende Linienführung, die aber je nach dem Ausfall der Bodenuntersuchungen im Verlaufe der Vorarbeiten noch Änderungen erfahren kann, vorgesehen: Bernau, Biesenthal, Kreuzung mit der alten Finow bei Neuenbrücke, westlich von Finowfurth vorbei. Kreuzung der Finow und des Hohenzollernkanals zwischen Ueder- und Budowsee, Richtung Joachimsthal-Angermünde.

Hansestädte. Inzwischen ist auch in Altona eine Oberste Bauleitung für das Gebiet der Hansestädte eingerichtet worden, zu deren Leiter Reichsbahnoberrat Scheunemann bestellt wurde. Zunächst ist je eine Teilstrecke von 20 km auf Bremer und Hamburger Stadtgebiet für die Einzelbearbeitung freigegeben worden. Es handelt sich hierbei um die Strecke entlang des Bremer Stadtgebietes und um die Durchführung der Autobahn von Harburg nach Wandsbed. Die Arbeiten sollen unverzüglich in Angriff genommen werden.

In Aussicht genommen ist ferner eine Verlängerung der Autobahn Bremen-Hamburg-Lübeck bis Kiel und später auch bis Flensburg. Diese Teilstrecke soll bei Bad Oldesloe von der Linie Hamburg-Lübeck nach Norden abzweigen. Der Provinzialausschuß für Schleswig-Holstein hat inzwischen den Beitritt des Provinzialverbandes in die Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen beschlossen und Landesbaurator Dr.-Ing. K u t h e in den Beirat der zuständigen Gezuor-Sektion entsandt.

Der Danziger Senat beabsichtigt im kommenden Jahre den Bau einer Autobahn von Elbing an Danzig vorbei bis zur Grenze in Angriff zu nehmen, die sich in Elbing an die vorgesehene ostpreussische Reichsautobahnstrecke Elbing-Königsberg anschließen soll. Der Senat hofft durch diese Maßnahme eine große Anzahl seiner Erwerbslosen beschäftigen zu können. J. A. F.

Winterhilfe

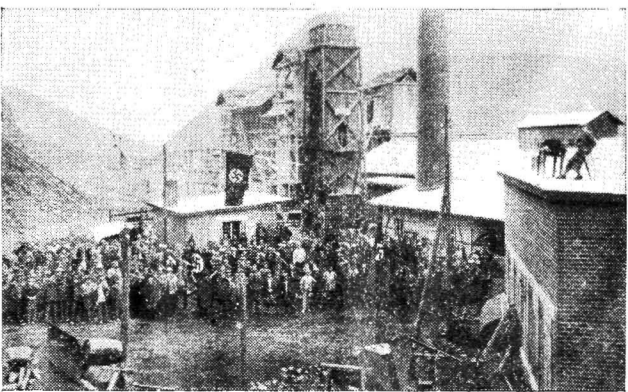
Stützpunkt Wurnau

Ein schönes Beispiel von Opferwilligkeit gibt uns die Gesamtbelegschaft einschließlich Direktion des Hartsteinwerkes W e r d e n s e l s in Eichenlohe bei Garmisch-Partenkirchen. Durch Abgabe des Lohnbetrages von zwei Arbeitsstunden wurden sowohl für das Winterhilfswerk wie zur Spende für die Nationale Arbeit je 260 RM. aufgebracht. Der gleiche Betrag wurde von der Direktion zugefügt und auf 50 RM. aufgerundet, so daß für jede Spende 550 RM., zusammen 1100 RM., abgeliefert werden konnten. Die Belegschaft ist 100prozentig im Deutschen Steinarbeiter-Verband organisiert und hat auch am 12. November bewiesen, daß sie voll und ganz hinter dem Führer steht.

Der Ortsgruppenleiter gez. H u e b e r

Ein großer Tag in Kirn

Die Ortsgruppe K i r n des Steinarbeiter-Verbandes hatte in der letzten Woche vor der Wahl eine Versammlung in Verbindung mit der NSDAP. einberufen. Als Redner der NSDAP. sprach der Parteigenosse P i e s, M. d. R., Langenlonsheim und vom Deutschen Steinarbeiter-Verband der Verbandsbezirksleiter VIII (Rheinland). Diese Wahlversammlung wurde zu einer gewaltigen Kundgebung, wie sie Kirn vorher noch nicht erlebt hatte. In drei Sälen mußten die Besucher untergebracht werden. Die Steinarbeiter aus Kirn und Umgebung waren mit den Unternehmern der Steinindustrie restlos erschienen und marschierten unter Führung ihres Ortsgruppenleiters geschlossen zu dieser Kundgebung. An der Übertragung der Rede unseres Führers nahmen etwa 400 Steinbrucharbeiter in den Betrieben teil. Die Aufnahme zeigt den Betrieb und die Belegschaft der Firma Pfeiffer.



Patentbericht

Gebrauchsmuster.

Kl. 80b. 588 494. Verfahren zur Herstellung von Bausteinen aus ausgebrannter Braunkohlensaße und gelöschtem Kalk. Edmund Paul Schöler, Wald b. Zittau in Sachsen.

Erteiltes Patent.

Kl. 80a. 589 210. Vorrichtung zur Fertigstellung vorgeformter feuerfester Rohrsteine oder dergleichen Richard Anger, Bonn, Bismarckstraße 1.

Verbandsamtliche Mitteilungen

Erst durchlesen — dann anfragen!

Wichtig für alle Dienststellen

Der Schriftleitung wurden von der Ortsgruppe Weimar verschiedene Bilder von Verbandsmitgliedern eingesandt, die seit 20 oder mehr Jahren dem Verbandsangehören. Leider können die Aufnahmen nicht veröffentlicht werden, da nur ungenügende Angaben gemacht wurden. Bei Einsendung solcher Bilder ist eine kurze Lebensbeschreibung mit Angabe des genauen Namens und der Adresse, sowie des Alters und des Berufs und der Zugehörigkeit der Ortsgruppe beizufügen. Die Schriftleitung.

An die Bezirksleiter

Betrifft: Buchbestellung „Deutsches Arbeitsrecht“

Herausgeber Staatsminister Dr. Frank.

Das im Verlag der Deutschen Arbeitsfront erscheinende Heft „Deutsches Arbeitsrecht“ soll im Besitz eines jeden Bezirksleiters sein. Ich verweise auf die Buchbesprechung in der gleichen Nummer des „Steinarbeiter“. Die Bestellungen sind sofort an die genannte Adresse aufzugeben.

Der Verbandspressewart.

Betrifft: Erwerbslosenstatistik

Alle Ortsgruppenleiter werden nochmals auf die pünktliche Einsendung der Meldekarten zur Erwerbslosenstatistik zwischen dem 1. bis 5. Dezember aufmerksam gemacht. Meldekarten können, soweit noch nicht vorhanden, bei mir angefordert werden. Es ist auf genaue Ausfüllung zu achten.

Verbands-Fachschaftswart.

Mitteilungen aus den Bezirken u. Ortsgruppen

Verbandsbezirk IX Hessen.

Ortsgruppe Hesen. Allen Mitgliedern der Ortsgruppe M a r b u r g zur Kenntnis, daß ich Sprechstunden angelegt habe, und zwar Mittwochs und Sonnabends von 18-20 Uhr in meiner Wohnung Hesen Nr. 48. Diese Zeit ist unbedingt einzuhalten. gez. G o s m a n n, Ortsgruppenleiter.

Verbandsbezirk XII Bayern

Ortsgruppe München. Die Ortsgruppe hält im Winter 1933/1934 alle vierzehn Tage Schulungsabende über Tarifberechnungen, Arbeitsrecht usw. in Verbindung mit Lichtbildvorträgen. Der erste Schulungsabend fand bereits am 15. November statt. 2. Schulungsabend: Mittwoch, den 29. November. 3. Schulungsabend: Mittwoch, den 13. Dezember jeweils abends von 7 bis 9 Uhr im Kleinen Saal des Hauses der Deutschen Arbeitsfront, Postalozjistr. 40/42. Der Ortsgruppenleiter gez. H u e b e r.

Verlorengegangene Mitgliedsbücher

Die Interimskarte des Steinsekers Heinrich R u d o l f, Hesen, ist verlorengegangen und wird hiermit als ungültig erklärt.

A memorial notice for deceased members of the trade union. It features a decorative floral symbol at the top. The text lists several members who have passed away, including their names, dates of death, and causes of death. The members listed are: 1. Gerd. Schierenbeck, died Nov 10, 1933, from a heart ailment, aged 64. 2. Otto Beuth, died Nov 31, 1933, from a fall, aged 31. 3. Karl Ernst Eisold, died Oct 26, 1933, from lung tuberculosis, aged 66. 4. Maximilian A d e n a u e r, died Nov 12, 1933, from a lung ailment, aged 56. 5. Gustav B l e y, died Nov 5, 1933, from a lung ailment and heart ailment, aged 67. The notice concludes with a request for a quiet memorial.

Verlag und Herausgeber: Deutscher Steinarbeiter-Verband (Verbandsleiter A. Piontek), Berlin W9 Königin-Augusta-Straße 12 - Verantwortlich für die Schriftleitung: Helmut Spongenberg Berlin W9 Königin-Augusta-Straße 12. - Druck: Buchdruckwerkstätte GmbH, Berlin SW 61, Dreifundstraße 5.